

ALTERNATIVES ALTERN

Neue Formen einer *Weg-Gemeinschaft im Alter*

Ein Ideenkonzept von Burkhard Zeunert

Zusammenfassung: In unserer alternden Gesellschaft zeichnet sich immer dringlicher die Notwendigkeit ab, alternative Modelle für das *Älterwerden im eigenen Lebensumfeld* zu entwickeln. Die Unterbringung alter Menschen in Altenheimen (Seniorenzentren, Seniorenresidenzen) wird für die Träger immer teurer und für die Bewohner zunehmend unbezahlbar. Gleichzeitig verfehlt diese Entwicklung das Ziel, der Menschenwürde der Betroffenen gerecht zu werden. Gesichtspunkte für neue Konzepte des Zusammenlebens im Alter werden angesprochen.

Stand der Entwicklung: Neue Standards für die Erstellung, Einrichtung und Unterhaltung eines Wohnplatzes für alte Menschen haben dazu geführt, dass die Bau- und Pflegekosten immer höher und zugleich unflexibler geworden sind. Sie gehen aber in hohem Maße an den realen Bedürfnissen der Betroffenen vorbei, die sich nach ihrem gewohnten Umfeld und einem Umgang mit ihnen vertrauten Menschen sehnen. Gelder der öffentlichen Hand werden für Altenheime vergleichbar dem Krankenhausbereich langfristig festgelegt. Sie geraten unvermeidlich zunehmend unter das Diktat der Wirtschaftlichkeit. Die gegenwärtigen Konzepte der Kostenreduktion im Pflegebereich führen oft die ursprünglichen Intentionen, die am Hilfe suchenden Menschen orientiert waren, *ad absurdum*. In verschärftem Maße betrifft diese Entwicklung den ländlichen Bereich, insbesondere die gering bevölkerten Grenzregionen.

Schwächung der sozialen Infrastruktur: Durch die Kommunalreform der 70er Jahre wurde die soziale Infrastruktur in den Randgemeinden folgeschwer betroffen. Der Ausbau der Zentren ging vielerorts zu Lasten der eingemeindeten Dörfer. Diese verloren örtliche Entscheidungskompetenzen, soziale Dienstleister, viele Läden und Verkehrsanbindungen. Politisch verschob sich die in kleinen Orten vorherrschende Persönlichkeitswahl in den nunmehr großräumigen Kommunen zugunsten von Parteizugehörigkeiten. Die Folge war: Es trat in mehrfacher Weise eine Umorientierung der Sichtweisen und Handlungsebenen ein. Durch den Weg über Fraktionsentscheidungen der Großgemeinden traten lokale Bedürfnisse und pragmatische, ortsbezogene Kompromisse in den Hintergrund.

Diese Entwicklungen fördern beim Bürger Ohnmachtsgefühle, wenn er individuelle Probleme vor Ort lösen möchte. Das Resultat ist oft eine resignative Haltung: „*Wir können eh' nichts machen; die da oben müssen es richten!*“

Für die Zukunft gilt es, solche Tendenzen ins Gegenteil zu verkehren, die Entscheidungs- und Handlungskompetenz der einzelnen Bürger für ihr eigenes Leben zu stärken und gleichzeitig die neu geschaffenen Potentiale größerer Zusammenschlüsse für Eigeninitiativen zu nutzen. Dies bedeutet auch, die für die Region Hochsauerland sich bietende Struktur von LEADER mit Leben zu erfüllen.

In ländlich-bäuerlichen Regionen war die Architektur traditionell aus dem Verständnis einer Großfamilie geprägt worden. Für heute bedeutet dies, dass nach dem Wegzug der Kinder in Kern- oder Großstädte beim Tod eines Ehepartners (meistens des Ehemannes) nicht selten ganze Dorfkerne mit ihren großen Bauern- und Bürgerhäusern nur noch von vereinsamten und überforderten Witwen bewohnt sind und nach deren Tod leer stehen. Zu den menschlichen und sozialen Problemen gesellt sich durch den Wohnungsleerstand ein folgenreicher städtebaulicher Notstand. Beim „Generationswechsel“ in größeren, neuen Baugebieten gestaltet sich das Szenario weniger dramatisch, da es sich um kleinere Wohneinheiten handelt. Dennoch wird es schon heute erforderlich sein, im Blick auf den demographischen Wandel bei Planungsentscheidungen die Infrastruktur der unterschiedlichen Ortsteile einer Kommune zu berücksichtigen und neu zu bedenken.

Ein Ruf nach neuen Konzepten: Angesichts der demographischen Entwicklung in den ländlichen Grenzregionen muss über Konzepte nachgedacht werden, die den realen Bedürfnissen und der Würde der alten Menschen mit stetig wachsender Lebenserwartung Rechnung tragen können. Solche Konzepte werden entscheidende Auswirkungen für das Leben der unterschiedlichen Generationen in der Gesamtregion haben und das seelische wie körperliche Wohlbefinden ihrer Bewohner betreffen. Zu bedenken ist auch der Umstand, dass unser landschaftlich attraktiver Lebensraum von vielen „Auswärtigen“ (aus Großstädten, vornehmlich aus dem Ruhrgebiet) als Altersruhesitz gewählt wird. Die Integration der einheimischen und der zugezogenen Menschen ist eine vordringliche kommunalpolitische Aufgabe.

In der derzeitigen ländlichen Sozialstruktur stellen sich für die Zugezogenen immer wieder bange Fragen: *„Wie lange werden wir unseren neuen Lebensraum genießen und die anfallenden Arbeiten bewältigen können?“* *„Was wird, wenn der Partner erkrankt oder gar stirbt?“* *„Wann müssen wir wieder von hier fortziehen und den uns lieb gewordenen Lebensraum aufgeben?“* *„Wie stark kann ich mich sozial integrieren, oder bleibe ich doch nur ein vorübergehender Besucher?“* Derartige Fragen wirken sich langfristig auch auf das bürgerliche Zusammenleben und den sozialen Zusammenhalt einer Gemeinde aus *).

*) Dass die Zugezogenen sich in unserer Region verwurzeln wollen und dabei nach sozialen Unterstützungsangeboten suchen, wird aus der Tatsache deutlich, dass über 80% der (derzeit 102) Mitglieder des jungen Bürgerhilfevereins WIR FÜR UNS Bromskirchen - Hallenberg - Winterberg e.V. zu eben dieser Bevölkerungsgruppe gehören.

Für die Bevölkerungsgruppe der Neubürger macht es einen erheblichen Unterschied, ob sie am neuen Wohnort allein für ihre mobile Lebensphase oder für ihre gesamte Lebensspanne planen darf. Unsere „Erholungs-Region“ gewinnt an erheblicher Attraktivität, wenn sie flexible Unterstützungsnetze anzubieten in der Lage ist.

Die Politik darf die Zuwanderung älterer Menschen nicht nur unter dem Gesichtspunkt eines Ausgleichs für Abwanderungen der jungen Generation oder als erfreulichen Wirtschaftsfaktor begrüßen. Die Kommunen müssen bei ihren Zukunftsplanungen sich von einem integrierten wirtschaftlichen und sozialen Gesamtkonzept leiten lassen, das die Lebensqualität aller Menschen, der jungen und alten, der Einheimischen und der Zugezogenen berücksichtigt!

Vorhandene mobile Dienste: An dieser Stelle muss eine Bestandsaufnahme vorhandener professioneller und ehrenamtlicher *mobiler Dienste* in der Region erfolgen. Gleichzeitig müssen vorhandene und gewünschte Vernetzungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Unter den neuen Aspekten des Koalitionskompromisses vom 18. Juni 2007 ist die staatliche Vorsorge der Kranken- und Pflegeversicherung unter dem Gesichtspunkt *mobiler Pflege* auf seine Möglichkeiten und Perspektiven hin auszuwerten.

Modellentwürfe alternativen Alterns in unserer Region:

Die **Hospizinitiative** Hallenberg Winterberg hat sich zum Ziel gesetzt, Menschen in ihrer Sterbephase zu begleiten und ihnen zu ermöglichen, in ihrer vertrauten Umgebung in Würde sterben zu können. Diese Initiative erfreut sich großer Akzeptanz in der Region.

Die **Bürgerhilfe** WIR FÜR UNS Bromskirchen-Hallenberg-Winterberg e.V. (gegründet 10/2006; derzeit 102 Mitglieder) will durch den Tausch von Lebenszeit und individuellen Fähigkeiten ein tragfähiges Netzwerk zur Steigerung der Lebensqualität schaffen. Durch sie sollen hilfsbedürftige Menschen die Möglichkeit erhalten, so lange wie möglich im eigenen Umfeld selbstbestimmt ihr Leben zu gestalten.

Nunmehr gilt es, ein Modell einer **Weg-Gemeinschaft im Alter** zu entwickeln, um eine verlässliche Perspektive für die Gestaltung der nicht mobilen Lebensphase zu gewinnen. Diese Perspektive soll sich befreiend auf die gegenwärtige Lebensgestaltung auswirken.

Die Grundstruktur dieses Modells:

- Zu den staatlichen Kranken- und Pflegeversicherungen wird zusätzlich eine private Vorsorge aufgebaut.
- Eine überschaubare Zahl von Personen schließt sich freiwillig zu einer verbindlichen Solidargemeinschaft zusammen: *Weg-Gemeinschaft im Alter*
- Die Gruppe legt einen je nach Alter unterschiedlichen Monatsbeitrag fest, der von Beginn an in privater Verantwortung angespart wird, um dann für die mögliche Einstellung einer privaten Pflegekraft zur Verfügung zu stehen.

Ziel der privaten Solidarabsprache ist es, dass keines der Mitglieder beim Eintritt in die *Lebensphase des gebrechlichen Alters* (allein oder zu zweit) seinen vertrauten Lebensbereich verlassen und - wohin auch immer - umziehen muss.

Unter diesen Verabredungen entsteht ein Raum von Verlässlichkeit und Angstfreiheit, der von Beginn an Kräfte für die Gegenwart freisetzt und eine neue Lebensqualität, Gestaltung und Planung ermöglicht.

Durch die *Weg-Gemeinschaft im Alter* wird etwas Wesentliches möglich:

- Die Betroffenen bleiben in der Gemeinschaft ihrer Freunde, und die einzelnen Gruppenmitglieder verlieren ihrerseits nicht ihre wichtigen Bezugspersonen. So bleibt auch im Wandel die „Fülle des Lebens“ erhalten.
- Die hohen Kosten für einen „Heim-Platz“ für die Betroffenen werden eingespart. Ein angemessener Teil dieses Geldes wird in die Finanzierung der angestellten Kraft einzubringen sein (siehe unten).
- Der Arbeitsvertrag wird von allen Mitgliedern beschlossen und unterschrieben.
- Vom Zeitpunkt der Inkraftsetzung an werden die privat angesparten Beiträge auf ein gemeinsames Konto der Gruppe in voller Höhe überwiesen.
- Je nach Erfordernis wird die Zahl der privat angestellten Kräfte aufgestockt.
- Stirbt eines der Mitglieder, so fließt ein vorher festgelegter Stiftungsbetrag aus dessen Nachlass an die Solidarkasse. Der gleiche Stiftungsbeitrag fließt auch für den Fall, dass ein Mitglied aus persönlichen Gründen die *Weg-Gemeinschaft* verlässt.

Beteiligung der Öffentlichen Hand:

Zur Förderung und Unterstützung solcher mobilen Solidargemeinschaften übernimmt ein von den Kommunen einzurichtender Regionalfond ein Drittel der anfallenden Personalkosten. Dieser Regionalfond wird aus eingesparten Haushaltsmitteln für nicht errichtete Seniorenzentren gespeist.

Eine Anschubfinanzierung erfolgt aus Mitteln des LEADER-Programms für den Aufbau und die praktische Erprobung eines **Regionalen Netzwerkes *Weg-Gemeinschaft im Alter***.